

Ausgezeichnet

Für ihren vorbildlichen Einsatz bei der Lösung anspruchsvoller, wissenschaftlich-technischer Aufgaben, bei der Entwicklung einer wirkungsvollen sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und für die dabei erreichten Ergebnisse wurden

mit der „Ehrenurkunde des Bezirksvorstandes der KDT“ ausgezeichnet.
Kollege Staats – KDT Fachsektion E
u. a. für seine Leistungen bei der kontinuierlichen, fachlichen Betreuung von an-

spruchsvollen MMM-Vorhaben, von Absolventen, Praktikanten und Lehrlingen sowie für seinen Anteil an der Erfüllung von KDT-Objekten.
Kollege Stadt – KDT Fachsektion E
u. a. für seine Leistungen bei der fachlichen Betreuung von MMM-Vorhaben, von Absolventen, von Jungfacharbeitern,

für die erfolgreiche Erfüllung des KDT-Objektes BWG 1,0 und für die aktive Unterstützung bei der Lösung von Aufgaben zur Entwicklung der Arbeit innerhalb der KDT-Fachsektion des Fachdirektorates Forschung und Technologie.
Kollege Rennoch – KDT-Fachsektion E
u. a. für seine Leistungen bei

der Lösung von Problemen der chemischen Oberflächenbearbeitung, für seine fachkundige und wirkungsvolle Mitarbeit an der Erfüllung von Teilaufgaben im Rahmen von 8 KDT-Objekten, für die erfolgreiche, fachliche Betreuung von MMM-Vorhaben und für die Erarbeitung von anspruchsvollen Aufgabenstellungen für die KDT.

Betriebszeitung der Werktätigen
im VEB Werk für Fernseh elektronik

3. Novemberausgabe
Nr. 46/89 – 40. Jahrgang
Preis: 0,05 M

Sender

Wir dürfen die Wende nicht bei einer Wende belassen

Am Donnerstag, dem 9. November, fand die zweite Gesprächsrunde staatlicher Leiter und gesellschaftlicher Funktionäre mit Kollegen unseres Betriebes statt. Ort war der Jugendklub in der Weiskopfstraße.

Gleich zu Beginn beantwortete der Betriebsdirektor Fragen, die während des letzten Dialogs offengeblieben waren. Kollegin Hörnke hatte am 26. Oktober das Problem ungerechter Entlohnung im Werkteil Röhren aufgeworfen.

Inzwischen sind, wie der Betriebsdirektor informierte, Lohnfondsveränderungen zugunsten der Kollegen aus R erfolgt. (Dazu auch der Artikel der Kollegin Hörnke auf Seite 2.)

Kollege Berger, HSE 22, hatte in der Runde am 26. 10. seine Sorge über den nachlässigen Umgang mit noch verwertbaren Sekundärrohstoffen geäußert.

Die sortenreine Erfassung von Sekundärrohstoffen ist nunmehr zumindest im 4. Geschoß des Bauteils A durch das Aufstellen von je einem Container für Papier und Plastflaschen gewährleistet. Kollege Berger hat sich bereit erklärt, die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Nutzung dieser Container zu übernehmen.

Um Vergeudung ging es auch im ersten vehement vorgetragenen Diskussionsbeitrag von Kollegen Schmidtke aus MT 3 am 9. 11.

Teures NSW-Material muß, durch unsachgemäße Lagerung bedingt, verschrottet werden. Kollege Wetzel und Kollegin Kaferstein ergänzen, daß TUL-Probleme bereits bei der Produktion der Schwarzweiß-Bildröhre bestanden. Wann endlich hat das WF eine Konzeption, die das Transport- und Lagerwesen in vernünftige Bahnen lenkt?

Beim Hin und Her der Argumente konnte keine Klärung des Problems erfolgen. Auch die Erläuterungen des M- und I-Direktors trugen nicht dazu bei. Man einigte sich, die gesamte Palette von Fragen, die mit den Transport- und Lagerprozessen zusammenhängen, in einer gesonderten Beratung zu klären. Dazu gehört auch, daß die Toreinfahrt zum Chemikalienlager wenigstens zeitweise geöffnet wird.

Kollegin Schult, ODR, warf dann das Problem auf, daß Arbeitszeit durch Versammlungen vergeudet wird. Sie bezog sich dabei vor allem auf Parteiversammlungen. Genosse Pätzolt versicherte, daß in der Parteiorganisation mit dieser Praxis Schluß gemacht wurde. Parteiversammlungen finden nach der Arbeitszeit statt, so auch die Delegiertenkonferenz der BPO am 27. November.

Probleme sind im Betrieb dadurch entstanden, daß viele Kollegen die DDR verlassen haben. Der Betriebsdirektor, Horst Kreßner, gab dazu die aktuellsten Zahlen bekannt. 11 Kollegen haben das WF bis zum 30. 6. und 126 bis zum 31. 10. verlassen.

Dadurch ist eine große Lücke in der Produktion, aber auch in der Arbeiterversorgung entstanden. Er forderte auf, sozialistische Hilfen vor allem für den Imbiß-Color zu stellen.

Kollege Bethke, IE, sprach die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen der Wasserwerker an. Die stellvertretende BGL-Vorsitzende nahm sich sofort dieses Problems an und versprach noch für denselben Abend eine Ortsbesichtigung.

Kollege Porsche, TM, nannte dann Ursachen für die wirtschaftliche Misere unseres Landes. Sie ist vor allem darin zu suchen, daß das Leitungssystem

nicht auf ökonomische Zwänge ausgerichtet war, sondern auf Bewußtsein baute, das nicht ausreichen kann, um unser Wirtschaftssystem zu organisieren.

Dazu nannte er Beispiele aus dem Betrieb. So wurde für EVM für mehrere hunderttausend Valutamark ein Mehrspindelautomat gekauft, der fast nur stand. Der E-Direktor, Prof. Dr. Schimko, bestätigte, das Problem zu kennen. Die Maschine konnte nicht genutzt werden, da sich Kooperationspartner nicht an die getroffenen Absprachen gehalten haben.

Kollege Porsche nannte ein weiteres Beispiel. Zur Überleitung des Themas Flachbandanzeige wurde in der Abteilung AE 1 dringend eine Siebdruckmaschine benötigt. Da der gekaufte Siebdrucker unbrauchbar war, suchten die Kollegen nach einer schnellen Lösung. Sie fanden sie in RL 3, wo mindestens drei der benötigten Maschinen unbenutzt herumstanden. Daraufhin wurde der Bereichsleiter, Kollege Zetzsche, angesprochen, ob er die wenigen Drucke für AE 1 nicht auf diesen Siebdruckmaschinen ermöglichen könnte. Aus Gründen mangelnder Kapazität lehnte er aber ab. Diese Entscheidung stieß verständlicherweise auf das Unverständnis der Kollegen. Kollege Porsche forderte eine Überprüfung der Auslastung der Siebdrucker in RL 3.

Einleuchtend am Ende der Diskussionsrunde die Feststellung eines Kollegen: Jeder, der hier teilnimmt, will eine Vielzahl von Mißständen gelöst haben. Dazu müssen aber die Ursachen aufgedeckt werden. Wir dürfen die gesellschaftliche Wende nicht bei einer Wende belassen.

(Auf Seite 3 beantwortet der Betriebsdirektor aktuelle Fragen von Kollegen.)

Es geht weiter – aber anders

Neuererbewegung im WF

Am 10. November fand über die geplanten Aufgaben dazu eine Beratung mit den Kollegen Bärbel Klinger und Erich Schubert vom FDGB-Bundesvorstand, Abteilung Arbeit und Löhne, statt. Anlaß war ein von mir verfaßter Brief an den FDGB-Bundesvorstand und den Präsidenten des AfEP zur weiteren Arbeit mit Orientierungskennziffern in der Neuererbewegung.

Inzwischen konnten wir aus Erklärungen des FDGB-Bundesvorstandes erfahren, daß die Zustimmung zur Neuererverordnung aufgekündigt wurde. Der Präsident des Amtes für Patent- und Erfindungswesen setzte die bisher gültige „Richtlinie zur Neuerertätigkeit“ außer Kraft. Damit wird dem Mißbrauch der Richtlinie für die administrative Vorgabe von Kennziffern von „oben“ die Grundlage entzogen. Eine neu zu fassende Neuererverordnung ist in Vorbereitung. Noch in diesem Jahr will der FDGB einen Entwurf erarbeiten und danach zur Diskussion stellen. Ab sofort entfallen alle zentralen Vorgaben für Kennziffern in der Neuererbewegung. Bereits für 1989 soll die statistische Berichterstattung durch die Betriebe entfallen.

Der FDGB sieht die zukünftige Neuererarbeit als Initiative der Werktätigen, die

hinausgehen. Basis für die Bewertung ist der Plan unter Berücksichtigung der Eigenwirtschaftung der Mittel und Eigenverantwortung jenes Leiters in seinem Arbeitsbereich. Ziel der Neuerertätigkeit ist also die Überbietung des Geplanten. In diesem Rahmen, fixiert als konkrete Aufgabenstellung in Form von Thema und ökonomischem Ergebnis, soll die Neuerertätigkeit zukünftig ein Schwerpunkt der Wettbewerbsführung sein.

Bis zur Neufassung des Gesetzes wird die Neuererarbeit, abgesehen von der Kennziffernwirtschaft, wie bisher weitergeführt. Inhaltlich gute Sachen sollen beibehalten werden. Neuerungen, an denen nur wegen der Kennziffer gearbeitet wurde, sollten ehrlich bewertet und, wenn die spätere Nutzung fraglich ist, auch abgebrochen werden.

Wir sollten alle dafür eintreten, daß die Neuererarbeit zukünftig auf ein nützliches Maß beschränkt wird.

Ich möchte aber noch einmal unterstreichen, daß wir auf die Initiative unserer Neuerer nicht verzichten können. Wir wollen auf wirklich nutzbringende Neuerungen orientieren.

Rosemarie Pewestorff
Mitarbeiter im BfN

Hat CCD im WF eine Perspektive?

Die Parteigruppe und das Leitungskollektiv HSP haben sich intensiv mit dem im „WF-Sender“ abgedruckten Referat des Genossen Professor Schimko und dem Interview mit Dr. Frank Täubner beschäftigt. Aus der Kenntnis der perspektivischen Forderungen an diskreten Si-Bauelementen und unter Beachtung der Verpflichtungen unseres Werkes gegenüber der Volkswirtschaft bitten wir die Leitung des Betriebes um die Beantwortung folgender Fragen:

– Können wir es uns leisten, weitere ca. 70 Mio Mark für eine CCD-Fertigung auszugeben, bei der Bauelemente entwickelt und produziert werden, deren geplanter Gewinn für den Betrieb nur aus Subventionen des Staatshaushaltes bestehen?

Kann es unser Ziel sein, einen eventuell zu bauenden Kamcor als hochwertiges Konsumgut mit mehreren TM zu subventionieren?

– Wo liegt die Perspektive einer CCD-Produktion im VEB WF? Die Jugendforscher um Dr. Täubner arbeiten bereits an der nächsten Generation CCD-Matrizen, obwohl die technologische Basis für die L220C noch nicht erprobt ist. Die Nachfolgetypen werden sicher noch höhere technologische Anforderungen stellen. Notwendig ist das technologische Niveau des MEGABIT-Speichers. Aus der Literatur ist zu entnehmen, daß die technologischen Anforderungen für CCD-Sensoren international sogar noch höher liegen.

Kann sich das WF, das KME, kann sich unsere Republik eine 3. Ausgabe von MEGABIT-Fertigung oder 32-bit-Prozessor-Fertigung leisten?

– Wir stecken erhebliche Arbeitskräfte und Finanzmittel in die CCD-Fertigung mit völlig unklaren Bedarfsgrößen.

Wer verantwortet, daß dafür gegenwärtig und in den nächsten 2 Jahren der Bedarf an diskreten Si-Chips für Schaltdioden und andere Si-Bauelemente z. B. den Kamerasensor SP 105 nicht gedeckt werden kann?

Ursache dafür ist die mehrfache Verschiebung eines V-Themas zur Einführung von 76 mm Si-Scheiben für diskrete Si-Bauelemente. Die Folge sind u. a. Si-Schaltdioden-Importe 1990 von ca. 1,4 Mio Valuta-Mark aus dem NSW und Rückstände bei der Kameraproduktion.

Übrigens würden nach unserer Kenntnis die 1,4 Mio Valuta-Mark reichen, um die gesamte für 1993 geplante Produktion an CCD-Sensoren L 220 C zu importieren!

– Wie lange noch erfolgt die Einordnung des Themas „76 mm Scheibe für diskrete Bauelemente“ am Ende der betriebsinternen Prioritätenliste?

125 Mio Mark Warenproduktion unseres Werkes hängen 1992 von diesem Thema und damit von nur 2,5 Mio Mark Ratiosmittelbaukapazität über die Jahre 1990/91 ab.

– Welchen Sinn hat die weitere Zersplitterung der Si-Bauelemente-Produktion in zwei Bereiche?

Mit der für 1990 festgeschriebenen und gegenwärtig bereits praktizierten Teilung des bisherigen Bereiches HS in einen Bereich diskrete Si-Bauelemente und einen Bereich CCD-Bauelemente werden alle ökonomischen Gesichtspunkte ignoriert. Von der Einsparung an Leitungspersonal bis zur optimalen Nutzung des Arbeitskräfte- und Anlagenpotentials kann dabei sicher nicht die Rede sein.

– Wann werden in unserem Werk Strukturen primär nach Sachzwängen, statt nach Personen gemacht?

– Welchen langfristigen Nutzen bringt die teilweise bis auf Abteilungsebene geführte Vereinigung von Entwicklung und Produktion?

Wie wird die klare Leistungsbewertung der Entwicklungsergebnisse vorgenommen, wie erfolgt der exakte Nachweis der Ökonomie, der Kosteninanspruchnahme usw. für die Produktionsergebnisse unter diesen Bedingungen?

Wir bitten darum, dieses Schreiben als offenen Brief zu betrachten und dementsprechend öffentlich unsere Fragen zu beantworten.

Die Genossen
der Parteigruppe HSP
und das Leitungskollektiv HSP

Meinungen – Standpunkte – Reaktionen

Leser an die Redaktion

Es tut sich etwas

Jeder möchte Taten sehen, von Taten hören, Ergebnisse zu lesen bekommen. Es gibt sie!

Der Werkteil R hat 150 TM für die Stimulierung der Löhne erhalten. Das ist nicht viel für ca. 500 Werk tätige, aber, und das sollte man doch beachten, es ist ein Anfang. Aufgeteilt ist das etwa 1,- Mark Zuschlag pro Nase. Dieser Zuschlag wird nicht gleichermaßen gezahlt, sondern wird an persönlichen Lohngruppen und Einstufungen am jeweiligen Arbeitsplatz variiert.

Die Frage der Verteilung ist so undurchsichtig und schwer zu verstehen, daß wieder neue Probleme und Fragen auftauchen. Inwieweit unsere Abteilungsleitung eine bessere Übersicht der Berechnung den Kolleginnen und Kollegen zukommen läßt, weiß ich nicht.

Ich hoffe, daß irgendwann so verfahren wird, daß jeder die momentan utopisch anmutenden Berechnungswege begreifen darf und wird. Da ich gerade beim Bekanntgeben meiner Gedanken bin, möchte ich anmerken, was ich auch in der Diskussionsrunde am 26. 10. 89 im Kulturhaus offen aussprach. Ich fordere, dabei stehe ich bestimmt nicht allein im WF, daß die Gewerkschaft und deren Funktionäre sich auf ihre eigentlichen Aufgaben besinnen. Es ist nicht zu akzeptieren und zu verstehen, daß die Gewerkschafter nur in Ausnahmefällen Interessenvertreter der FDGB-Mitglieder sind. Auch bei den Reisevergaben und der Verteilung vorhandener Gelder verschiedener Fonds gibt es bedeutende Möglichkeiten für Verbesserungen. Man sollte zusehen, daß das Ansehen der Gewerkschaft, das auch in R stark bröckelt, wieder aufgebessert wird. Sehr nachdenklich

Stefanie Hörnke, RS 4

S-Direktor antwortet

Wir möchten hiermit noch einmal darüber informieren, daß in einer unserer nächsten Ausgaben der Direktor für Sozialökonomie, Klaus Zander, Fragen von Betriebsangehörigen beantwortet. Sie haben die Möglichkeit, Fragen, die den Verantwortungsbereich des S-Direktors betreffen, bis zum 5. Dezember schriftlich oder telefonisch (App. 2013) an die Redaktion zu richten. In der 2. Dezemberausgabe veröffentlichen wir dann seine Antworten.

Aus Briefen an die Volkskammer

Die Redaktion erhielt mit der Bitte um Veröffentlichung verschiedene „Offene Briefe“, die an die Volkskammer der DDR gerichtet sind.

Wir können aus Platzgründen nur Auszüge veröffentlichen. Die vollständigen Schreiben können Sie an unserer „Seite 9“ (Wandzeitung vor der Redaktion) lesen.

Kollektiv „MOEZ“ an die Volkskammer der DDR

Wir, die Kolleginnen und Kollegen des Kollektives „Mikrooptoelektronikzentrum“ im VEB Werk für Fernsehelektronik Berlin, verfolgen mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung nach der eingeleiteten Wende.

Unser Kollektiv begrüßt diesen eingeleiteten und lang erwarteten Schritt.

Die freimütigen Diskussionen in der Bevölkerung müssen jetzt in konkrete Taten auf allen Gebieten umgesetzt werden, die für jeden Bürger sichtbar sind. Unsere Vorstellungen sind:

1. Neues Wahlgesetz

– ausschließlich Wahl von politischen Parteien;
– durch die Parteien sind die Kandidaten für höhere Leitungsfunktionen für maximal zwei auf-

einanderfolgende Wahlperioden aufzustellen;

– Absicherung einer geheimen Wahl auch bei Volkskammerabstimmung;

– die Zahl der Abgeordneten soll sich aus dem prozentualen Anteil der Wählerstimmen für die jeweilige Partei ergeben.

2. Rechtsstaatlichkeit

– Wir unterstützen die Erklärung des Rates der Vorsitzenden der Kollegien der Rechtsanwälte in der DDR vom 25. 10. 1989.

– Wir fordern die Zulassung von neuen Parteien und Vereinigungen, die auf der Grundlage der Verfassung arbeiten wollen. Die Entscheidungsfindung über die Zulassung hat öffentlich zu erfolgen.

– Überprüfung des personellen Bestandes des Ministeriums für Staatssicherheit mit dem Ziel der Verringerung auf ein unbedingt erforderliches Maß. Die freigesetzten Arbeitskräfte sind in Schwerpunktbereichen der Volkswirtschaft einzusetzen.

– Einführung eines zivilen Wehrersatzdienstes.

3. Informationspolitik

– Neues Presse- und Mediengesetz, das öffentlich zur Diskussion gestellt werden muß;

– Transparenz der Politik und Wirtschaft (Abstimmungsergeb-

nisse, Export, Import, Devisen...) darlegen;

– Einführung wirksamer Kontrollmechanismen in Politik und Wirtschaft;

– Wir fordern die ungeschminkte Darstellung der Geschichte.

4. Wirtschaft, Handel und Versorgung

– Bedarfsgerechte Produktion und Handel

– gleichberechtigte territoriale Entwicklung in der DDR

– Export muß gewinnbringend sein

– strikte Durchsetzung des Leistungsprinzips auf allen Ebenen

– Eine sinnvolle Subventionspolitik ist notwendig, um der Verschwendung (Grundnahrungsmittel, Energie, Mieten, Kultur...) Einhalt zu gebieten

– Erhöhung der Attraktivität des städtischen Nahverkehrs

● Zugfolge erhöhen

● ökonomisch günstigere Linienführung

● Erweiterung des Nahverkehrsnetzes

● Zuverlässigkeit der Verkehrsmittel weiter erhöhen

– schneller Ausbau des Dienstleistungssektors

– teilweise Verlegung der Öffnungs- und Sprechzeiten von Dienstleistungs- und öffentli-

chen Einrichtungen auch in die Abendstunden

5. Ökologie

– Offenlegung aller umweltrelevanten Daten

– Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Lösung der Aufgaben zur Verringerung der Umweltbelastungen

Wir fordern hiermit die Volkskammer auf, als unser höchstes gewähltes Machtorgan, umgehend Maßnahmen zur Veränderung einzuleiten.

Belegschaft des Bereiches Gerätebau (TG) an die Volkskammer

2. Änderung der Verfassung der DDR, Artikel 1

Der Führungsanspruch einer Partei oder Organisation muß sich durch demokratische Meinungsbildung ergeben und regelmäßig erneuert werden. Daraus folgt:

– Festschreibung des Führungsanspruches muß aufgehoben werden.

– Oberstes Machtorgan ist die Volkskammer – entstanden aus freien Wahlen

– Zulassung verfassungstreuer Parteien und Organisationen

– Beseitigung der Machtkonzentration auf eine Person (niemand hat zwei Staatsämter inne)

– Abgeordnete der Volkskammer sollen maximal zwei Wahlperioden (Rentenalter beachten),

dann aber hauptamtlich arbeiten

– Vor den Wahlen stellen sich die Parteien mit ihren Kandidaten und Programmen der breiten Öffentlichkeit vor (u. a. Medien)

4. Juristischer Apparat

Sicherstellung der verfassungsmäßigen Rechte, wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, zivile Rechte, Pressefreiheit und Abschaffung aller Gesetze und Verordnungen, die dies bisher einschränkten.

Schaffung unzweideutig auslegbarer Gesetze und Gewährleistung ihrer Überschaubarkeit und kurzfristigen Zugänglichkeit für jeden Bürger.

5. Das Wahlgesetz muß überarbeitet werden.

– Durchführung geheimer Wahlen zum Ausschluß negativer Wirkung bei Benutzung von Wahlkabinen (Zwang für Wahlkabinen)

– aktive Meinungsäußerung für Stimme und Gegenstimme

– Öffentliche Überwachung der Wahlauswertung in allen Ebenen – Beschränkung auf maximal zwei Wahlperioden für alle gewählten Funktionäre

– die Kandidaten legen ihre Mitgliedschaft zu Parteien und Organisationen offen

8. Aufarbeitung der Geschichte der DDR mit Klarstellung persönlicher Verantwortlichkeit und Rehabilitierung Betroffener

Betriebsdirektor antwortet auf Fragen von Kollegen

Wie sieht die Perspektive des Betriebes aus und was wird mit dem Sensorwerk Hohenschönhausen?

Durch die Direktion des Betriebes wurde ein Standpunkt zur perspektivischen Entwicklung des Betriebes erarbeitet und dieser dem KME als Vorlage zur Beratung übergeben. Wir gehen davon aus, daß wir im Fünfjahrplanzeitraum bis 1995 nur Mittel für Investitionen sowie für Forschung und Entwicklung ausgeben können, die wir als Betrieb erwirtschaften können, so wie auch insgesamt in der Gesellschaft. Danach werden die tragenden Richtungen Farbbildröhre und Optoelektronik ausgebaut.

Zur modifizierten Nutzung des Sensorwerkes Hohenschönhausen wurde eine Konzeption des Betriebes durch den Minister als Arbeitsgrundlage bestätigt. Diese Konzeption geht von einer wesentlichen Kapazitätserhöhung für LED/LEA aus. Mit dem GAN und anderen Partnern werden die zu verändernden Positionen kurzfristig abgestimmt.

Ist die Zugehörigkeit des Betriebes zum Kombinat Rundfunk und Fernsehen nicht sinnvoller?

Seit dem 1. 1. 1978 gehört der VEB WF in Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitag und der 6. Tagung des ZK der SED zur einheitlichen Leitung der Mikroelektronik dem VEB Kombinat Mikroelektronik Erfurt an.

Dabei ist davon ausgegangen worden, daß wir mit unserer Erzeugnispalette ein wichtiger Zulieferer für die mikroelektronische Industrie sind und der überwiegende Teil unseres Erzeugnispektrums den mikro- und mikrooptoelektronischen Bauelementen zuzuordnen sind, zu deren Herstellung auch in der Mikroelektronik übliche Materialien aus der Kooperationskette Mikroelektronik sowie entsprechende Anlagen gebraucht werden.

Sicherlich ist es auch richtig, daß unser Betrieb eine große Verantwortung als Zulieferer für die Konsumgüterindustrie leistet, wertmäßig gesehen mit der Farbbildröhre sogar eine dominierende.

Die angestrebte perspektivische Entwicklung des Betriebes, auch mit dem weiteren Ausbau der Optoelektronik, verstärkt die genannten Gründe unserer jetzigen Zuordnung.

Wie wird die Selbständigkeit und Eigenerwirtschaftung der Mittel 1990 realisiert? Werden wieder alle Gewinne abgeführt?

Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die bisher angewandten Regelungen der Eigenerwirtschaftung nicht der Stimulierung eines hohen Leistungszuwachses entspricht.

Gegenwärtig erfolgt die Erarbeitung von Vorschlägen der Betriebe und Kombinate zur wirksameren Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel im Zusammenhang mit einer höheren Eigenverantwortung der Betriebe und Kombinate.

Es ist durchaus nicht so, daß alle Gewinne abgeführt werden. Beispielsweise werden 1989 Gewinnanteile wie folgt aufgeteilt:

- 49 % für Forschung und Entwicklung
- 15 % für Investitionen
- 5 % für Betriebsprämienfonds (gerechnet auf Beschäftigte)
- 2 % für andere betriebliche Fonds
- 29 % als Abführung an das Kombinat.

Zu Fragen der Nutzung des geplanten Lohnfonds möchte ich auf die Vereinbarung zwischen der BGL und staatlicher Leitung verweisen (siehe auch Interview mit dem BGL-Vorsitzenden). Die eigenverantwortliche Aufteilung der Mittel in den Fachdirektoren/Werken sollte dabei nicht rein statistisch erfolgen, hier sollte die staatliche Leitung und Gewerkschaft konkrete Regelungen treffen und insbesondere zusätzliche Leistungen auch mit zusätzlichen Mitteln anerkennen.

Fragen zum Leistungsprinzip werden unter anderem mit dem Entwurf einer Vereinbarung zwischen BGL und staatlicher Leitung zur Herausbildung einer Stammebelegschaft behandelt, die den Kollektiven zur Diskussion übergeben wird.

Aktionsfähigkeit war gelähmt

Interview mit dem amtierenden Parteisekretär, Gen. Pätzolt

Am 2. November hat die Zentrale Parteileitung beschlossen, eine Delegiertenkonferenz durchzuführen und eine neue Parteileitung zu wählen. Am 7. November wurde Genosse Kotowski auf eigenen Wunsch von seiner Funktion als Parteisekretär entbunden. Seitdem amtierst du, Genosse Pätzolt, als Parteisekretär. Das alles sind einschneidende Ereignisse für den Ablauf des Parteilebens in unserer Grundorganisation. Um alle Aufgaben zu erfüllen, hast du dein Leitungskollektiv neu formiert. Welche Genossen stehen nunmehr an deiner Seite?

Um entsprechend den komplizierten Anforderungen, die auch vor unserer Grundorganisation stehen, arbeitsfähig zu sein, bilden folgende Genossen das Leitungskollektiv unserer Betriebsparteiorganisation: Genosse Egbert Drews übt die Funktion des Stellvertreters aus, für Wirtschaftspragen ist Genosse Alfred Hermstein zuständig, den Fragen der Ideologie widmet sich Genosse Dr. Robert Kreibitz und für die vielen Organisationsfragen ist Genosse Hartmut Linde verantwortlich.

Mit der Delegiertenkonferenz am 27. November ist die Wahlperiode der bisherigen ZPL beendet. Eine neue Leitung wird gewählt. Was sind die Ursachen für diesen Entschluß?

Die letzten Monate haben außerordentlich hohe Anforderungen an die Zentrale Parteileitung gestellt, denen sie nicht im erfor-

derlichen Maße nachkam. Unentschlossenheit, von außen diktierte Beschlüsse sowie ungelöste Kaderfragen lähmten erheblich die Aktionsfähigkeit der ZPL. Aus diesem Grunde sind wir der Auffassung, daß diese Situation nur durch eine direkte Neuwahl der Parteileitung zu ändern ist.

Welches Anliegen hat die Delegiertenkonferenz außerdem?

Die Delegiertenkonferenz, die übrigens nach der Arbeitszeit stattfindet, hat vor allem drei Aufgaben zu lösen.

1. Eine klare inhaltliche Konzeption für die künftige Parteiarbeit zu erarbeiten;

2. einen Beschluß über die Struktur der Grundorganisation zu fassen und

3. wie bereits erwähnt eine neue Parteileitung und damit auch einen neuen Parteisekretär zu wählen.

Noch einmal zum zweiten Punkt, er bedarf einer Erläuterung.

Wir sehen heute mit aller Klarheit, daß die Einführung der Grundorganisationsstruktur vor drei Jahren neben einigen Vorteilen zugleich auch einige drastische Nachteile mit sich brachte, nämlich ein hohes Maß an Bürokratisierung der gesamten Leitungstätigkeit und eine starke Entfremdung der Parteileitung zur Basis des Betriebes.

Wie schätzt du die Ergebnisse der 10. ZK-Tagung ein?

Zur 10. ZK-Tagung gibt es Anerkennung, Hoffnung und Enttäuschung zugleich. Positiv wer-

den von einigen Genossen die inhaltlichen Ansätze für eine demokratische Erneuerung unserer Partei und die Gesellschaft anerkannt. Unbefriedigte Erwartungshaltungen gibt es zur Zeit zu den Vorstellungen einer Wirtschaftsreform. Und eine fast einhellige Ablehnung gibt es zu kaderpolitischen Entscheidungen, zu viele alte Funktionäre sind noch im ZK, die persönlich stark mitschuldig sind an dieser gesellschaftlichen Krise und zu wenig Frauen sind im Politbüro.

Die Partei hat jetzt viel Kritik zu ertragen, wie stehst du dazu?

Man muß ganz klar unterscheiden. Kritikwürdig ist im Grunde genommen die Politik der Parteiführung der letzten Jahre, die uns in diese schwere gesellschaftliche Krise geführt hat.

Die Genossen in den Betrieben haben fleißig gearbeitet und sich und den übergeordneten Leitungen die Meinung gesagt. Deshalb haben wir jetzt als Betriebsparteiorganisation und jeder Genosse von uns im einzelnen sowohl das Recht als auch die Pflicht, die jetzige und künftige Parteipolitik von unten nach oben auf demokratische Weise durchzusetzen. Das ist schwer und interessant zugleich. Bange machen gilt nicht. Wir haben bei allen Problemen immer noch ein eigenes Selbstverständnis und Selbstbewußtsein als Parteimitglieder. Das bestimmt meine persönliche Leitungstätigkeit und die meines Kollektivs.

Parteigruppen zur aktuellen Situation Hauptsache – Rückgewinnung des verlorenen Vertrauens Aus einem Brief an das ZK der SED

Als Partei des werktätigen Volkes sind wir vor neue, schwierige Aufgaben gestellt. Wir sehen als wichtige Schwerpunkte der kommenden Arbeit unter anderem die dringende Notwendigkeit der Festigung des Zusammenhaltes der Partei, die Rückgewinnung des Vertrauens des größten Teils des Volkes in die SED und nicht zuletzt – die Stärkung des Vertrauens jedes einzelnen Genossen in die Partei.

Wir schlagen aus diesen Gründen vor:

1. Eine radikale Reduzierung des Parteiapparates, angefangen bei der

Parteiführung, bis hinunter in die einzelnen Betriebe.

– Überprüfung der Notwendigkeit vieler hauptamtlicher Planstellen und Intensivierung der Arbeit der wirklich notwendigen hauptamtlichen Funktionäre.

Unser Standpunkt

– Analyse, welche Ebenen der Partei benötigt werden, und welche Ebenen lediglich als Zwischenglieder dienen.

2. Senkung der Kosten für Repräsentation und

Prüfung der Möglichkeiten der Einsparung von Materialien und Bilanzen.

3. Durch in den oben genannten Punkten realisierte Einsparungen wird dann auch eine Senkung der Parteibeiträge möglich sein, welche durch die Abhängigkeit von Bruttolohn- bzw. Gehalt und deren unterschiedlicher Besteuerung oftmals in keinem Verhältnis zum Einkommen der Parteimitglieder stehen.

4. Offenlegung der Verwendung der Beitragsgelder und aller Parteifinanzen.

Parteigruppe BSG/Kulturhaus

Gemischte Gefühle

Relativ heiß her ging es am 8. 11. 89 im Kollektiv Besprechung, das sich den Werkleiter des Werkes Vakuumelektronik, Kollegen Wernicke, zu einer Problemlösung einlud. Außerdem waren dabei, der ehemalige Hauptabteilungsleiter Kollege Meinke, und auch Kollege Nickl, jetziger Hauptabteilungsleiter. 23 Schichtarbeiter hatten sich eingefunden. Keine konkreten Tagesordnungspunkte waren festgelegt, es ging quer durch alle Bereiche.

Los ging's mit dem Vorschlag, FDGB-Reisen abteilungsweise einzugliedern – „... daß auch Schichtarbeiter bevorzugt werden. Normalschichtler und Bürohengste haben es da besser!“

Es müsse öffentlich gemacht werden, wer warum welche Reise bekommt. Dies müsse durch die Belegschaft kontrollierbar sein!

Harte Worte fielen – der FDGB sei eine relativ sinnlose Institution geworden ... Fünf Jahre lang habe man sich immer wieder vergebens um einen Urlaubsplatz beworben und letztlich frage man sich, wozu man monatlich 18 Mark bezahlt, wenn an der Jannowitzbrücke pompöse Häuser und andere Datschen gebaut würden.

Im WF-Sender würde außer langen Pamphleten nichts Substantielles veröffentlicht. (Gut, daß man mir meine Verlegenheit nicht ansah.) Es ging darum, daß der FDGB bisher nur Interessenvertreter des Betriebes, jedoch nicht der Werkstätigen gewesen sei. Solange dort dieselben Leute wie vor 15 Jahren sitzen, würde der Bundesvorstand nicht akzeptiert.

Kollege Wernicke verwies darauf, daß man nicht global werden, sondern sich auf Probleme des eigenen Verantwortungsbereiches begrenzen solle.

Ja – nicht global werden ... „Die Leute, die in der Werkleitung sitzen, und überhaupt die, die etwas zu sagen haben, sollen auch mal runter kommen in die Produktion und sich ein Bild machen. Wann war denn das letzte Mal einer hier!“

Das scheint auf jeden Fall auch ein Problem von allgemeiner Bedeutung zu sein. Gerade in 'C, so Kollege Wernicke, gibt es aber regelmäßige Kontakte zwischen den Schichtarbeitern und den staatlichen Leitern.

Eigenverantwortung, Ökonomie: „Haben wir überhaupt ein Gesellschaftskonzept der 90er Jahre?“ – Themen, die sicherlich nicht nur die Werkstätigen des Werkteils Farbbildröhren interessieren.

„Warum wird nicht einmal im ‚Sender‘ veröffentlicht, was an Mitteln erwirtschaftet wurde? Nicht nur anonyme Planerfüllungskennziffern!“ „Sind uns wirklich die Hände gebunden, wenn es darum geht, in unserem kleinen Betriebsteil, Veränderungen im Leistungsprinzip durch-

zuführen?“ „Warum ist noch nichts von der neuen Lohnverordnung bekannt?“ „Wie werden wir in die neue Wirtschaftsstrategie mit einbezogen? Was ist überhaupt die neue Wirtschaftsstrategie?“ ...

Der Werkteileiter äußerte seine Vorstellungen, daß es denkbar wäre, dahin zu kommen, die Erlöse aus der Planübererfüllung, eigenverantwortlich im Betrieb – beispielsweise für einen eigenen Bus, fürs Ferienheim oder auch für Verschleißteile – einzusetzen. Die Kompetenzen der Leiter seien jedoch momentan äußerst gering.

Zu Perspektiven unseres Betriebes, so Kollege Wernicke, gäbe es Unterlagen, die bereits Mitte des vorigen Jahres erarbeitet und an die entsprechenden Stellen weitergeleitet wurden. Bisher seien jedoch noch keine Reaktionen erfolgt.

Und immer wieder wurden von den Kollegen Mißstände angesprochen, die die Leistungsbeurteilung betreffen.

Die Entlohnungsform stimuliere nicht genug die Leistung, die Produktionsstrecken seien nicht entsprechend den Erfordernissen, mit Arbeitskräften besetzt. Teilweise stehen Kollegen rum, und teilweise macht einer die Arbeit für zwei.

Bezugnehmend auf Ehrlichkeit und Progressivität der Leistungsbewertung, teilte Kollege Wernicke mit, daß im Werkteil C eine Lohnfondsumverteilung vorgenommen wird. Ab 1. April sollen im Werkteil C die leistungsorientierten Löhne eingeführt werden, die dann nach und nach auch in anderen Abteilungen zur Anwendung kommen.

Der BKV solle ein Dokument der staatlichen und der Gewerkschaftsleitung werden und Maßnahmen zur Sicherung einer Stammbesetzung enthalten. Es sei nicht zutreffend, daß die Leitung keinen Standpunkt habe, sondern es würden konkrete Forderungen gestellt. Kollege Wernicke kündigte an, daß in den nächsten Tagen konkret informiert werde und wies darauf hin, daß Regelungen, die innerhalb von Tagen getroffen werden, nicht unbedingt „rund“ sein müssen. Hier sei eine sachliche Verständigung mit den Kollegen nötig.

Ein wichtiger Punkt der Diskussion war die Meinung der Kollegen, daß der Betriebsdirektor allein entscheiden müsse,

was verkauft werde. Der Betrieb solle die Forderung nach mehr Kompetenz stellen. Mit der Planwirtschaft hätte man bisher „nur Miese gemacht“.

Kollege Wernicke äußerte vom Grundsatz her keinen Widerspruch, verwies aber auf bestimmte Regelmechanismen unserer Volkswirtschaft, beispielsweise auf Lieferverpflichtungen dem Fernsehgerätekonzern Staßfurt gegenüber, denen wir uns nicht einfach entziehen können.

Es wurde viel diskutiert und es ging nicht gerade fein zu. Warum auch! Ich stelle mir aber die Frage, wann es das letzte Mal zu so einer freimütigen Aussprache gekommen ist.

Fragen wurden gewälzt – Warum wird keine Marktforschung betrieben? Warum werden unrentable Erzeugnisse nicht eingestellt? Warum werden Schlamperei und Fehler nicht bestraft? Warum wurden Materialien für teure Devisen gekauft, die dann durch Frost unbrauchbar wurden? Warum ist übers Wochenende die Kühlanlage defekt? Warum ist dann kein Havariedienst da? Wenn es die ganze Zeit aber so ging, brauchen wir dann überhaupt eine Kühlanlage? Warum braucht man für 9 Mann pro Schicht einen Meister und zwei Org.-Einrichter?

Aber die Fragen stehen nicht nur, sondern man will sie lösen. Und auch die staatlichen Leiter schrieben sich einiges auf.

Da machen sich die Kollegen Gedanken, wie Arbeitskräfte eingespart werden können, wie man Mißstände abschaffen kann; sie regen sich auf – und oftmals zu Recht.

Viele Antworten gab es von Seiten der staatlichen Leitung, die nicht in jedem Falle zufriedengestellt haben. Oft waren es auch Probleme, von allgemeiner Bedeutung, aber ich glaube, so muß man weitermachen! Wir wissen doch oft viel zu wenig über die Arbeit des anderen.

Als ich nach zwei Stunden die Versammlung verließ, hatte ich ein schlechtes Gefühl: Überall dasselbe! Probleme über Probleme, wohin man schaut!

Und ich hatte ein gutes Gefühl: Die Leute hier, machen sich einen Kopf, wie sie ihre Arbeit besser machen können. Und das ist gerade in dieser Zeit sehr wichtig.

Andreas Kopietz

Aus der Rede des Betriebsdirektors auf der monatlichen Informationsveranstaltung zur Planerfüllung

Was wir jedoch bei allen Diskussionen, Wandzeitungslesungen und Demonstrationen in keiner Weise vernachlässigen dürfen, ist die Erfüllung der Aufgaben des Betriebes im Reproduktionsprozeß unserer Volkswirtschaft, um kein Chaos entstehen zu lassen und uns damit die Voraussetzungen für jegliche Umgestaltung selbst zu nehmen. Dies ist unsere Pflicht.

Wie sieht es mit der Erfüllung unserer Pflicht aus:

Obwohl wir unseren Plan kenniffermäßig per Oktober erfüllt und übererfüllt haben und hohe Jahresanteile mit größer als 85 % bei einem Arbeitszeitfonds von 83,9 % erreicht haben (davon zeugt die Übererfüllung FBR, + 25 371 Stück per 10/89), bestehen folgende Probleme:

– die Untererfüllung in der Position optoe. HL-BE, per 10/89 mit 99,9 % und 80,8 z. J., d. h. \times 230 TM bei Plan 242 192 TM, ist 241 962 TM

– Unsere Lieferrückstände wachsen weiter an:

Sie betragen gegenwärtig insgesamt fast 2,4 Mio M, 16 Erzeugnisse aus H mit rd. 1,4 Mio M und 7 Erzeugnisse aus CR mit knapp 1 Mio M. Das ist angesichts der Auswirkungen in anderen Betrieben, die dort leistungshemmend wirken und damit in der Endkonsequenz zu geringeren verteilbaren Endprodukten führen, entschieden zu hoch. Dabei muß ich einschätzen, daß von den rd. 2,4 Mio M Lieferrückständen durch uns selbst über 1,7 Mio M verursacht wurden. Ich muß einschätzen, daß über 800 TM, also über ein Drittel der Lieferrückstände des Betriebes zu Lasten des FD E gehen.

Nach wie vor ist die unzureichende Produktion der B-Teilfertigung in EV eine Hauptursa-

che speziell für die unkontinuierliche Röhrenproduktion, die durch die teilweise 100-Tage-Durchlaufzeit langfristige Rückstände verursacht. Konsequenz daraus ist auch die Nichtzahlung von Mitteln aus der Wettbewerbsvereinbarung zwischen E und CR.

Gründe für die hohen Lieferrückstände im Werk H sind z. Teil in der ungenügenden Beherrschung des Zyklus I zu finden (so rd. 240 TM wegen zu geringem Klassenanfall). Die Zusammenarbeit zwischen T und H muß konsequent auf die Inbetriebnahme der GPE 3 gerichtet werden.

Darüber hinaus haben wir Lieferrückstände zu dem Kombinatbetrieb VEB MPM bei SI-Chips in Höhe von 15,3 Mio Stück mit einem Wert von 1,1 Mio M zu verantworten. Ich beauftrage den Genossen Muchow als Werkleiter H, fehlende Schichtarbeiter in HSE durch Umsetzung von geeigneten Arbeitskräften aus dem Bestand von H zu gewinnen.

Zunehmend behindern uns Kooperationsprobleme:

– Die zugesagten Zulieferungen von Leiterplatten vom VEB EPN, die bei ca. 50 % unseres Bedarfs liegen, wurden zwar quantitativ eingehalten, jedoch nicht im Sortiment. Beim Vertragsgericht Potsdam wurde durch den Justiziar des Betriebes ein Vertragsgestaltungsverfahren zu Lichtschacht-BE eingeleitet. Wir müssen jetzt Sortimentsveränderungen auf der Grundlage des gelieferten Materials prüfen, jedoch müssen wir auch überlegen, unsere Vertragspartner besser in die Pflicht zu nehmen. Unsere Verträge aufgrund fehlender Zulieferungen aufzukündigen, wäre sicherlich der einfachste Weg.

Begriffserläuterungen

Produktive Zeit: Sie ist die – *Tatsächlich geleistete Arbeitszeit (ohne Überstunden)* – gemessen an der Gesamtzeit der Arbeitsstunden innerhalb der Normalarbeitszeit.

Dazu gehören auch entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen (vgl. AGB) arbeitsbedingt bezahlte Pausen.

Zur Höhe der Normalarbeitszeit zählen auch die Arbeitsstunden der Teilzeitbeschäftigten, wenn im Ausnahmefall über die individuell vereinbarte (Teil-)Arbeitszeit hinaus gearbeitet worden ist.

Nichtproduktive Zeit: Dazu zählen Erholungsurlaub mit seinen Bestandteilen

– Grund- bzw. erhöhter Grundurlaub
– arbeitsbedingter Zusatzurlaub
– Zusatzurlaub bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen (z. B. Schichtarbeit, Schwerbeschädigung)

Arbeitszeitausfall: Das sind Zeitverluste an der – *Nominalen Arbeitszeit* – die dem Betrieb auf Grund gesetzlicher Regelungen, durch Störungen im Betriebsablauf oder aus sonstigen Gründen entstehen, unabhängig davon, ob der Betrieb gesetzlich zu Lohnzahlungen für die ausgefallene Arbeitszeit verpflichtet ist.

Hierzu zählen

- Freistellung zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Verpflichtungen
- Freistellung für fachliche und gesellschaftliche Qualifizierung
- Freistellung aus persönlichen Gründen
- Arbeitsbefreiung durch ärztliches Attest
- Ausfallzeiten in Folge Warte- und Stillstandszeiten
- unbezahlte Freistellung
- unentschuldigtes Fehlen

Beste im Werkteil Röhren

Für ihre ausgezeichnete Arbeit und für ihre große Einsatzbereitschaft konnten folgende Mitarbeiter geehrt werden:
Christine Nieschalk, RLT 1

Im Chemielabor der LCD-Entwicklung leistete Kollegin Nieschalk seit Monaten eine kontinuierlich gute Arbeit.

Sie ist Mitglied des sozialistischen Kollektivs „Marie Curie“.

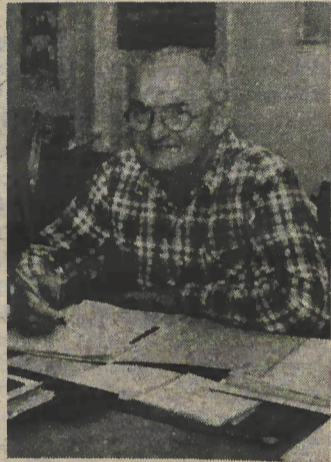
Hauptkennzeichen für ihre Tätigkeit sind eine hervorragende Ordnung, Fleiß, schöpferische Mitarbeit und hohes Verantwortungsgefühl.

Kollegin Nieschalk ist darüber hinaus in der Neuererbewegung aktiv und hat einen großen Anteil an der Realisierung von Erfindungen in ihrem Kollektiv.

Walter Schwella, RL 3,

arbeitet in der Operativtechnologie der LCD-Fertigung. Er zeichnet sich durch ein hohes Engagement bei der Wartung der technologischen Betreuung der Anlagentechnik – auch über seine normale Arbeitszeit hinaus – aus.

Durch seine Initiative konnten die Stillstandszeiten der Anlagentechnik minimiert werden. Im Rahmen der Prozeßfehleranalytik leisteten die vom Kollegen Schwella durchgeführten Untersuchungen einen entscheidenden Beitrag zur Ursachenermittlung von bedampfungsspezifischen Fehlern.



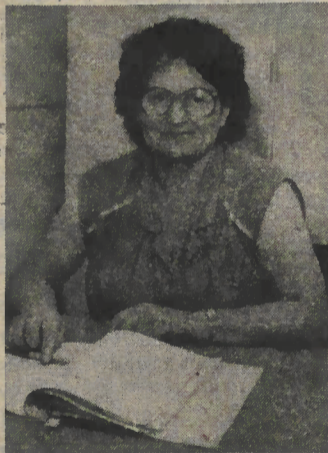
Ursula Tippe, TS 01

Im Kollektiv „Spezialröhren“ ist Kollegin Tippe als Dispatcher tätig. Als Folge längerer Krankheit und Urlaub trat für das Aufgabengebiet BAR und SEV eine angespannte Situation in der produktionsorganisatorischen Betreuung ein.

Dadurch wurden an Kollegin Tippe sehr hohe Anforderungen

an Leistungskraft und Weitsicht gestellt. Sie wurden durch ihre besonnene und ausdauernde Einsatzbereitschaft gewährleistet. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Überwindung bei Engpaßsituationen in der Teilverorgung gewidmet.

Im Ergebnis traten keine Auswirkungen bei Lieferverpflichtungen ein.



Bester Qualitätsarbeiter

Charlotte Kelm, RS 1

Kollegin Kelm ist langjährig in der Montage Sende-/Höchstfrequenzröhren tätig.

Sie arbeitet zuverlässig in Qualität und Quantität und leistet eine wichtige Arbeit für die Planerfüllung. Besonders bei der Baugruppenbereitstellung für die Type SRS 460 und SRS 302 zeigte sie im Monat September eine große Einsatzbereitschaft zur Planerfüllung.

Kollegin Kelm gehört dem sozialistischen Kollektiv „C. F. Gauß“ an.

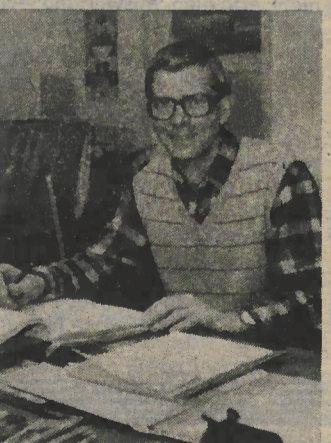
Bester des III. Quartals

Peter Krafack, RP

In seiner Arbeit als Dispatcher zeigt Kollege Krafack stets eine hohe Einsatzbereitschaft.

Durch die Unterbesetzung in der Arbeitsgruppe galt es mit erhöhtem Aufwand auf dem Gebiet der Produktionsorganisation in Zusammenarbeit mit den verschiedensten Abteilungen unterschiedlicher Direktorate, den Materialfluß in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu steuern.

Vom Kollegen Krafack wurde diese Aufgabe stets – gepaart mit seinem Wissen, Ausdauer und Energie – verständnisvoll erledigt. Somit konnte zur Minimierung der Lieferrückstände beigetragen werden, und die



Durchlaufzeiten der Fehlmateriale verkürzt sich.

Betriebsvereinbarung statt Betriebskollektivvertrag

Interview mit dem BGL-Vorsitzenden zu den Resultaten jüngster Leitungssitzungen

„Worten Taten folgen lassen“ – so betitelten wir das Interview, das wir in der vergangenen Ausgabe mit dir führten. Inzwischen fand sich die BGL erneut zusammen, am 1. und am 2. November. Ich selber habe für einige Stunden an einer der zwei Sitzungen teilgenommen und konnte feststellen, daß diszipliniert und sachkundig diskutiert wurde. Immer ging es dabei um das Wohl aller Betriebsangehörigen. Das hat mir imponiert.

Bei der BGL-Sitzung am 1. 11. waren auch die AGO-Vorsitzenden anwesend. Eingeladen war ebenfalls der Direktor für Ökonomie, Dr. Gabriel. Diskutiert wurden Grundpositionen zum BKV. Zu welcher Auffassung ist die BGL im Ergebnis der Beratung gekommen?

Die BGL hat sich geeinigt, eine Betriebsvereinbarung zu erarbeiten. Sie beinhaltet die lohnpolitische Arbeit für 1990, die Verwendung des Prämienfonds, die Probleme der materiellen Arbeits- und Lebensbedingungen, sowie die soziale gesundheitliche Betreuung der Werkstätigen. Dabei gilt es auch, alle Finanzierungsstränge sichtbar zu machen.

Noch 1989 zusätzliche Stimulierung

Weiterhin wurde über den Einsatz des verfügbaren Lohnfonds zur Stimulierung von Mehrarbeit für 1989 beraten. Der Ö-Direktor erläuterte dazu eine Grundkonzeption.

Sie ist nach eingehender und gründlicher Diskussion bestätigt worden.

Worin besteht ihr Ziel?

Zur Sicherung einer hohen Planerfüllung einschließlich der Zusatzverpflichtungen zum Leistungsangebot und zur Anerkennung erbrachter überdurchschnittlicher Einzelleistungen bei Unterschreitung des begründeten Arbeitskräfte- und Stellenplanes, werden bis zu 50 Prozent des dafür geplanten Lohnfonds leistungsbezogen eingesetzt.

Die dabei gesammelten Erfahrungen sind Voraussetzung für die schrittweise einzuführenden Produktivlöhne.

Für welche Bereiche gilt die Vereinbarung?

Für alle Werke/Fachdirektorate, deren Arbeitskräfteplan Arbeiter und Angestellte in VbE im Jahresdurchschnitt (kumulativ) unterschritten wird. In den Werken/Fachdirektoraten mit Sonderarbeitskräften (z. B. NVA-Angehörige) sind diese den ausgewiesenen Ist-Arbeitskräften zuzurechnen.

Die Vereinbarung ist mit dem 1. November in Kraft getreten. Sie zielt in erster Linie auf eine Einsparung von Arbeitskräften, vor allem in den Verwaltungsbereichen.

Des weiteren habt ihr während der Sitzung der BGL eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Herausbildung von Stammbelegschaften diskutiert. Was gehört im einzelnen dazu?

Bereits auf der Vertrauensleutvollversammlung vom 14. 12. 1988 forderte die BGL, solche

Maßnahmen zu erarbeiten. Diese Maßnahmen werden nun nach Bestätigung Bestandteil der Betriebsvereinbarung. Aber zu den einzelnen Vorschlägen:

Zur Stimulierung einer langjährigen Betriebszugehörigkeit wird folgende zusätzliche bezahlte Freistellung gewährt:

5 bis 10 Jahre – 1 Arbeitstag
11 bis 15 Jahre – 2 Arbeitstage
ab 16 Jahre – 3 Arbeitstage

Werkstätigen mit unentschuldigtem Fehltagen wird die bezahlte Freistellung nicht gewährt.

Erweiterte Kündigungsfristen

Für Werkstätige mit einer besonderen betrieblichen Verantwortung werden in gegenseitiger freiwilliger Vereinbarung als Zusatz zu den geltenden Arbeitsverträgen mit dem Betrieb erweiterte Kündigungsfristen festgelegt und dafür differenzierte Freistellung gewährt.

Weiterhin wird für langjährige Betriebszugehörigkeit ein Zuschlag zur Jahresendprämie gewährt. Der Betrieb stellt zusätzlich 750 000 Mark für diesen Zweck zur Verfügung.

Berufsnachweis

Für Kollegen ohne abgeschlossene Qualifikation bzw. mit artfremdem Facharbeiterabschluß verbunden mit der entsprechenden Veränderung des Arbeitsvertrages besteht die Möglichkeit der Zuerkennung eines betriebsspezifischen Qualifikationszertifikats.

Persönliche Lohn- und Gehaltsgruppen

Eine weitere geplante Maßnahme besteht darin, daß in Anerkennung hoher persönlicher Einsatzbereitschaft sowie langjähriger Betriebszugehörigkeit die Möglichkeit einer Gewährung persönlicher Lohn- und Gehaltsgruppen gegenüber dem bisherigen Kontingent vom KME von jährlich 10 Auszeichnungen um weitere 30 Auszeichnungen besteht. Dazu wird ein jährlicher Lohnfonds von 40 000 Mark aus betrieblichen Mitteln zur Verfügung gestellt.

Erhöhte Fahrgeldkosten für ein Jahr

Für Werkstätige, die aus betrieblichen Gründen ihren Arbeitsort wechseln müssen, z. B. in Verbindung mit der Inbetriebnahme neuer Produktionsstätten bzw. zur Arbeitskräftesicherung wird durch den Betrieb für ein Jahr das gegebenenfalls erhöhte Fahrgeld für die öffentlichen Verkehrsmittel übernommen.

Qualifikationszuschlag

Zur Anerkennung hervorragender persönlicher Leistungen wird ein Qualifikationszuschlag in Höhe von 50 Prozent bis zur nächsthöheren Lohngruppe bzw. als Festbetrag gewährt.

Können wir uns das materiell überhaupt leisten?

Das war auch der Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Aber die Kollegen sollen spüren, daß es sich lohnt, im WF zu arbeiten, daß ihre fleißige Arbeit

auch materiell anerkannt wird. Aber wir meinen, wenn das gesellschaftliche Arbeitsvermögen konsequent genutzt wird und auch die Verteilung des vorhandenen Lohnfonds ordentlich vorgenommen wird, sind reale Möglichkeiten vorhanden.

Der Titelkampf wird 1990 nicht weitergeführt. Was geschieht mit den dafür eingeplanten Geldern?

Die BGL hat noch zwei Maßnahmen beraten, die unbedingt erwähnt werden müssen. Zum einen, daß der Leistungsvergleich zwischen den Werken und Fachdirektoraten 1990 nicht weitergeführt wird. Die dafür vorgesehenen Mittel des Prämienfonds sollen auf die Fachdirektorate und Werke aufgeschlüsselt und für einen Leistungsvergleich in den einzelnen Struktureinheiten genutzt werden.

Und da wir 1990 den Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ nicht weiterführen, machen wir zum anderen den Vorschlag, die Mittel für diese Auszeichnung ebenfalls zugunsten einer Leistungsstimulierung aufzuschlüsseln.

Da es immer wieder Fragen zu den Finanzen der BGL gibt, haben wir die Finanzkommission und die Revisionskommission beauftragt, eine Offenlegung der gewerkschaftlichen Mittel vorzunehmen.

Das alles war Gegenstand der Mammutsitzung am 7. 11. Worum ging es in der Beratung am 8. 11.?

Die BGL hat auf dieser Sitzung einen Standpunkt zur Einführung der Produktivlöhne im WF erarbeitet. Dazu sind aber noch weitere Diskussionen notwendig. Die entsprechenden Maßnahmen und Abläufe werden dann ebenfalls in der Betriebsvereinbarung vorgeschlagen.

Eine persönliche Frage. Mitglieder und Funktionäre kritisieren deine Doppelfunktion als BGL-Vorsitzender und als Mitglied der Zentralen Parteileitung. Mit diesem Problem mußten sich ja auch Partei-, Gewerkschafts- und Staatsfunktionäre bis in die obersten Leitungsgremien auseinandersetzen und Schlußfolgerungen ziehen. Gilt das für dich ebenfalls?

Diese Frage ist berechtigt. Es gibt für diese Doppelfunktion kein Erfordernis, noch dazu, da die Gewerkschaft nach der Verfassung eine eigenständige Organisation zur Interessenvertretung ihrer Mitglieder ist. Ich stelle deshalb den Antrag auf Entbindung aus meiner Funktion als Mitglied der Parteileitung.

Desgleichen möchte ich auch darauf hinweisen, daß ich auch die Arbeitsgruppe „Sozialpolitik“ der Parteileitung nicht leiten werde, da ich bereits bei der Beschlusfassung Einspruch erhoben habe.

Danke für diese ausführlichen Informationen.

fdj-jugendseite report

Nicht nur Bestandsaufnahme

Mittwoch, den 8. 11. 89, 16 Uhr, Jugendklub Weiskopffstraße: Die „Neue FDJ“ bietet sich an und versucht eine Bestandsaufnahme der bisherigen Leistungen zu machen.

Mit dabei war im übrigen auch ein Fernsehteam von „Prisma“, das zwar eine gewisse Verklemmtheit der Anwesenden bewirkte. Trotzdem wurde viel grundlegendes gesagt.

Traurig stimmte allerdings die Tatsache, daß das gesamte WF mit Handzetteln mit der Bekanntmachung der Veranstal-

Bezirks- und Kreisleitung bereits mitgerechnet. Und irgendwie schmorte die gesamte Gesellschaft demzufolge im eigenen Saft. Aber vielleicht muß man sich auch erst selber einmal grün werden, um zu wissen, was man will.

Die ZFL legte ihre Vorstellungen zur künftigen Jugendarbeit im WF dar. Vorstellungen, die diskutiert, die hart erstritten wurden. Daß die FDJ-Arbeit in den Leitungen bisher nicht transparent gemacht wurde, ist allgemein als großer Fehler angesehen worden. Der Informationsfluß sei einer dringenden Verbesserung bedürftig.

Sicher wurde hier kein fertiges „Aktionsprogramm“ verabschiedet. Und man war sich auch noch nicht einig – soll die FDJ für jeden da sein, oder nur für die, die sich richtig in ihr organisieren wollen? Aber in dem Punkt stimmte man überein, daß nur mit den Leuten die Sache angegangen werden kann.

B. A. K.



tung, förmlich zugespitzt wurde, jedoch nur 23 Leute anwesend waren. Die Gäste aus

Reisebericht

Ein neuer Partnerbetrieb

Auf Einladung der Jugendorganisation unseres Partnerbetriebes „Ekranas“ in Panevezys, besuchte unsere Mini-Reisegruppe von neun FDJlern Litauen. Erlebnisse und Eindrücke von diesem Aufenthalt wollen wir Euch an dieser Stelle mitteilen. Am 23. 10. 89 trafen wir nach nächtlicher Zugfahrt in Vilnius ein. Bei dem herzlichen Empfang durch unsere Gastgeber aus Panevezys war von Müdigkeit nichts mehr zu spüren.

Aurelia, Daiva, Asta und Reimundis begrüßten uns als „Abordnung“ ihres Betriebes. Auf der Busfahrt von Vilnius nach Panevezys überraschten sie uns mit einem Picknick, das sofort die Stimmung lockerte. Doch das blieb für uns nicht die einzige Überraschung. Hotelunterkunft, vorzügliche Verpflegung und eine reibungslose Organisation unseres Aufenthaltprogrammes versetzten uns in ziemliches Erstaunen. Beim Mittagstisch kamen wir das erste Mal mit unseren Gastge-

bern zusammen und näher ins Gespräch.

Dabei ging es zunächst um das allgemeine gegenseitige Kennenlernen, etwas Statistik wurde gemacht, d. h. wieviele Jugendliche in beiden Betrieben, wieviele Werkstätige es gibt usw. ...

Der erste Programmpunkt unseres Aufenthaltes war zunächst eine kleine Stadtrundfahrt durch Panevezys. Die Stadt hat ca. 130 T. Einwohner und ist die fünftgrößte Stadt in Litauen. Das Stadtbild wird durch Industrie und Neubauten, aber auch durch die gepflegte Uferpromenade am Fluß „Nevezys“ geprägt. Überhaupt fiel uns die Sauberkeit in der Stadt auf. Es wurden auch viele Einfamilienhäuser mit origineller Architektur gebaut, aber diese sind sehr teuer und die Wohnungssituation ist insgesamt katastrophal.

(Fortsetzung folgt)
Uwe Herrmann ZFL

Aufruf an alle Jugendlichen des Betriebes

Einige Leute in unserem Werk sind der Meinung, daß die FDJ in der heutigen Zeit keinen Platz mehr hat.

Die FDJ-Gruppe von P ist der Ansicht, daß die Jugendlichen selbst entscheiden müssen.

Wir rufen euch auf, dazu Stellung zu nehmen.

Achtung – Achtung!

Jugendklub
Weiskopffstraße,
Tel.: 6 35 40 30

Ab Januar gibt es jeden letzten Mittwoch im Monat den

SZENE- SCHUPPEN

Jeweils von 19 bis 1 Uhr

und außerdem
gibt es ab Januar jeden
Donnerstag eine

Tanzschule für Mambo und Jazzdance.

Interessenten können sich
ab sofort bei der Klublei-
tung melden!

Leistungsvergleich der Jugendbrigaden III. Quartal 1989

Am Wettbewerb der Jugendbrigaden des III. Quartals beteiligten sich 28 Jugendbrigaden der Wettbewerbsgruppe der produzierenden Kollektive und 6 JB der Gruppe produktionsvorbereitende Kollektive.

Die Jugendbrigaden „H. Meyer“ CV 1, „P. Wengels“ CVM 1, „Werner-Seelenbinder“ AL 2, „R. Luxemburg“ AL 2, „L. Kilian“ AL 2 und „M. v. Ardenne“ nahmen am Leistungsvergleich nicht teil.

Folgende Plazierungen wurden erreicht:
Wettbewerbsgruppe 1
(produzierende Kollektive)

1. Paul von Essen	CSB 2	19. Karl Pokern	AL 1
2. Hans Beimler	CVM 1	20. Fritz Kirsch	RL 3
3. Che Guevara	CSK 1	21. Ernst Thälmann,	
4. Anna Seeghers	AL 3	Venus III	CVM 2
5. 40. Jahrestag des		22. Erwin Bock	RL 3
Sieges	VPH 2	23. Josef Spitzer	RL 3
6. Götz Kilian	AL 1	24. Georg Kassler	AL 1
7. Hans Marchwiza	CSB 2	25. Georg Nusche	AL 1
8. Karl Frank	AL 2	26. Alfred Randt	AL 1
9. SEK II	VPH 2	27. Otto Winzer	AL 1
10. Fritz Emrich	RL 4		
11. Victor Jara	CSB 2	Wettbewerbsgruppe 2	
12. Progress I	VPH 1	(produktionsvorbereitende	
13. Paul Spitzer	RL 4	Kollektive)	
14. Lilo Herrmann	AL 3	1. Michael Faraday	CTA 3
15. Alexander Futran	RL 4	2. Johann Gloger	TF 2
16. Bruno Hämmerling	ODR 2	3. Thomas Edison	AT 2
		4. Nelson Mandela	IMM 2
17. Judith Auer	CEJ 2	5. Edgar André	TM 2
18. Pavel Kortschagin	CEJ 2	6. Pablo Neruda	IMM 1

Das beste Jugendkollektiv unseres Betriebes im III. Quartal wird wie im vergangenen Quartal erneut die Jugendbrigade „Michael Faraday“ CTA 3 aus der Wettbewerbsgruppe der produktionsvorbereitenden Kollektive. Die Jugendbrigade wird damit auch erneut als Kollektiv mit dem höchsten Gesamtergebnis unseren Betrieb im Leistungsvergleich des KMe vertreten. In diesem Zusammenhang ist eine Eingabe der FDJ-Leitung zur nicht erfolgten Auswertung des überbetrieblichen Leistungsvergleichs des II. Quartals an das KMe ergangen.

Die Jugendbrigade „M. Faraday“ erreichte im III. Quartal eine Anlagenverfügbarkeit von 107,8% und eine SKS von 128,4%. Sie konnten ihre geplanten Ausfallzeiten um 25,4% unterschreiten, erreichte eine Beteiligung von 92% der Kollektivmitglieder in der Neuererbewegung und dabei einen Nutzen

von 2584,- M je Kollektivmitglied. Alle Jugendlichen sind in die MMM-Aufgabe „Einsatz Rechner S 2000 für HWA“ einbezogen und alle Jugendlichen des Kollektivs sind Mitglied der FDJ. Wir wünschen dem Kollektiv im Kombinatwettbewerb trotz bis jetzt nicht erfolgter Auswertung des Vorquartals Viel Erfolg.

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung und leistungsfördernder Kennzifferngestaltung im Wettbewerb der Jugendbrigaden sind für die Arbeit einer Arbeitsgruppe Vorschläge, Hinweise, neue Ideen und Interessierte zur Mitarbeit gefragt. Ziel ist es, im I. Quartal 1990 einen neuen Vorschlag zu diskutieren und anzuwenden. Hinweise unter Tel. 25 10 oder über die ökonomischen Abteilungen der Fachdirektorate und Werke.

Grosser
Jugendbeauftragter

•• jede woche auf seite 6 •• tel. 2052 ••

Zur Subventionspolitik der DDR

Von Prof. Dr. Gerd Radtke

Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

Subventionen sind zweckgebundene Zuwendungen ohne Rückzahlungspflicht aus Mitteln des Staatshaushaltes. Sie sind im Kern darauf gerichtet, die aus unterschiedlichen Stellungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, großen Unterschieden in der familiären bzw. gesundheitlichen Situation entspringende soziale Härten oder Ungerechtigkeiten zu mildern. Durch die Gewährleistung stabiler Preise für Waren des Grundbedarfes, für Mieten und Verkehrstarife sowie für Dienst- und Versorgungsleistungen fundamentierten produktgebundenen Preisstützungen (und nichts anderes sind unsere Subventionen) soziale Sicherheit für alle Gesellschaftsmitglieder. Natürlich ändert sich der konkrete Inhalt sozialer Sicherheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung (in den 40er und 50er Jahren mußte darunter anderes verstanden werden als heute) und ebenso ist es nötig, die Subventionspolitik stets aufs neue den gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen anzupassen.

Proportionen verschoben sich allmählich

Die Subventionen zur Sicherung stabiler Preise für Waren des Grundbedarfes, Tarife und Dienstleistungen für die Bevölkerung stiegen von 8,5 Mrd. M im Jahre 1970 auf 49,8 Mrd. M 1988 an. Allein für die Lebensmittelpreisstützungen wurden 1988 31,9 Mrd. M aufgewendet. Dadurch konnten die Preise für viele lebenswichtige Erzeugnisse und Leistungen über Jahrzehnte hinweg stabil und auf einem niedrigen Niveau gehalten werden. Zugleich muß jedoch gesehen werden: Während sich seit 1970 das produzierte Nationaleinkommen etwa verdoppelte (das im Inland für Akkumulation und Konsumtion zu Verfügung stehende Nationaleinkommen wuchs beträchtlich langsamer), versechsfachte sich die Aufwendung für

Subventionen. Wichtige Quellen dafür waren und sind produktgebundene Abgaben, die für ausgewählte Erzeugnisse und Leistungen (in der Regel Konsumgüter) erhoben wurden und werden und Bestandteil der Industrieabgabepreise sind. Folglich erhöhen die produktgebundenen Abgaben den Preis vieler Produkte (Kleidung, Schuhe, Möbel, technische Konsumgüter) z. T. erheblich und finanzieren so über Umverteilungsprozesse die Subventionspolitik mit (neben weiteren wichtigen Quellen des Staatshaushaltes wie Produktionsfondsabgabe oder Nettogewinnabführung). Die Kaufkraft unseres Geldes kann daher nicht allein an den Preisen für den Grundbedarf gemessen werden, sondern wird maßgeblich durch die höheren Preise für darüber hinausgehende Produkte und Leistungen beeinflusst.

Demokratie ist notwendig

Auf diese Weise ist eine besondere Situation entstanden: Aus Gründen sozialer Gerechtigkeit müssen unbedingt auch künftig Subventionen erfolgen; doch eine schlichte, geradlinige Fortsetzung des bisherigen Kurses ist ökonomisch und sozial nicht machbar. Folglich müssen alle „Entweder-Oder“-Diskussionen über die Subventionspolitik (entweder alles so machen wie bisher, oder rigoroser Abbau der Subventionen) letztlich unproduktiv bleiben. Nötig ist vielmehr die gemeinsame demokratische Meinungsbildung zu den Fragen des Was und Wie des Subventionierens, die sowohl dem humanistischen, auf soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit gerichteten Wesen des Sozialismus Rechnung trägt als auch wirkungsvoll dem Mißbrauch von Subventionen, der Verschwendung gesellschaftlicher Fonds, der Bereicherung einzelner auf Kosten aller entgegentritt. Wie die Entwicklung in einzelnen anderen sozialistischen Ländern zeigt, greifen

großflächig angelegte, durchgreifende Änderungen in der Subventionspolitik direkt und z. T. ausgesprochen negativ in das Leben der meisten Mitglieder der Gesellschaft ein, besteht durch eine sich aufschauende Lohn-Preis-Spirale die reale Gefahr einer Inflation, die gesellschaftlich nur schwer oder überhaupt nicht beherrschbar ist. Es kann auf diesem sozial so sensiblen Feld daher nicht um überstürzte oder unüberlegte Änderungen gehen, sondern wir brauchen viele neue Überlegungen, um **beständig** Subventionen gezielt auf ihren eigentlichen Zweck einzusetzen und dazu flexibel auf herangereifte ökonomische und soziale Veränderungen zu reagieren.

Zwei Verteilungsformen

In der „Kritik zum Gothaer Programm“ arbeitete Marx heraus, daß es im Sozialismus zwei Grundformen der Verteilung geben müsse; die Verteilung aus dem gesellschaftlichen Fonds und die Verteilung nach der Arbeitsleistung. Wichtig ist hier vor allem, daß sich diese beiden Formen nicht gegenseitig behindern, sondern – wie es unerlässlich ist – sich gegenseitig ergänzen. Subventionspolitik als Moment der Verteilung aus gesellschaftlichen Fonds kann daher nicht losgelöst von der Wirksamkeit des Leistungsprinzips diskutiert werden; sie darf das Leistungsprinzip nicht unterlaufen, abschwächen, sondern muß im Gegenteil den sozialökonomischen Boden für eine strikte Umsetzung des Leistungsprinzips darstellen. Dies ist gegenwärtig nicht mehr der Fall.

Widerspruch zwischen Leistung und Bezahlung

Während sich seit 1970 die Subventionen versechsfachten, verdoppelten sich nur die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung, so daß ein immer größerer verbrauchs-wirksamer Geldanteil absolut

unabhängig von persönlicher Arbeitsleistung realisiert wird: Betrogen die Subventionen 1970 noch rund 10 Prozent der Nettogeldeinnahmen, so betragen sie 1988 bereits mehr als 30 Prozent. Damit trat für einen wachsenden Personenkreis eine deutliche Entkopplung von Arbeitsleistung und realen Lebensbedingungen ein. Zugleich wuchs, bedingt durch steigende Nettogeldeinnahmen einerseits und in etwa gleichbleibendem Verbrauch subventionierter Produkte und Leistungen erheblich die Nachfrage nach darüber hinausgehenden Produkten und Leistungen (z. B. technische Konsumgüter, Reiseleistungen), die nicht ausreichend materiell abgesichert werden konnte.

Fragen, die stehen:

Wenn z. B. die Höhe der Mieten stabil gehalten wird, die Nettogeldeinnahmen aber wachsen, so wird ein immer geringerer Anteil der Geldeinnahmen der Bevölkerung für die Zahlung der Mieten die Folge sein und folglich ein ständig größerer Anteil nach anderen und leistungen nachfragewirksam werden. Nötig ist daher eine intensive Verständigung über notwendige Veränderungen in unserer Subventionspolitik, um ihre sozialen Vorteile zu reproduzieren und ihre sozialen ökonomischen Nachteile allmählich aufzuheben. Dazu gehören solche Fragen wie:

– Was gehört eigentlich heute und in absehbarer Zukunft zum Grundbedarf an Erzeugnissen, Tarifen und Leistungen und sollte daher auch weiterhin im Preis unterstützt werden? Wie könnte eine Einsparung des Subventionsfonds so begrenzt werden bei gleichzeitiger anteilmäßiger Verringerung produktgebundener Abgaben und folglich Verbilligung anderer Produkte, daß die Kaufkraft unseres Geldes erhalten bleibt und keine sozialen Härten für die Bevölkerungsgruppen mit niedrigen oder mit höheren Einkommen entstehen? – Sollten Subventionen ein-

heitlich und undifferenziert wirksam werden, oder sollten sie gezielter den sozial schwächeren Gruppen unserer Gesellschaft zugute kommen? Sollte dort, wo es sinnvoll ist, die jetzige produktbezogene Subvention ersetzt oder ergänzt werden (z. B. Kinderbekleidung oder Familien mit Kindern stärker unterstützen)?

– Sollten in Bereichen, in denen es machbar wäre, wie beim Wasser- und Energieverbrauch oder bei der Wohnraumbelagung gesellschaftliche Normative vereinbart und durchgesetzt werden, durch die auf der einen Seite gesichert wird, daß jeder, der sich innerhalb dieser Normative bewegt, keinerlei finanzielle Nachteile erhält und damit art Sparsamkeit im Umgang mit Fonds materiell interessiert wird? Auf der anderen Seite müßten dann die Ansprüche an subventionierte Leistungen erlöschen, wenn diese Normative zu Lasten der Gesellschaft überschritten werden. Sollte dann für den einzelnen der Übergang zu kostendeckenden Preisen erfolgen, so daß die überdurchschnittliche Inanspruchnahme von gesellschaftlichen Ressourcen nicht weiter von der Allgemeinheit finanziert werden muß?

– Sind wir den Subventionen „hilflos“ ausgeliefert? Welche Möglichkeiten bestehen, durch eine höhere Kontinuität der Produktion, durch höhere Arbeitsdisziplin, eine dem gesunden Menschen zumutbare Arbeitsintensität, durch mehr technologische Disziplin die Kosten der Produktion zu reduzieren und so Subventionen „überflüssiger“ zu machen? Bei aller Notwendigkeit, sehr intensiv über gerechtere Formen der Verteilung unseres geschaffenen Reichtums zu beraten, darf nicht außer acht gelassen werden, daß stets vor der Verteilung die Produktion steht und bereits hier über Menge, Bedarfsgerechtigkeit, Qualität und Kosten wichtige Vorentscheidungen über die nachfolgende Verteilung fallen.

I. D. Nowikow, Schwarze Löcher im All, 88 Seiten, mit 11 Abb. 5,50 M

Der Autor berichtet allgemeinverständlich über die Eigenschaften der sogenannten Schwarzen Löcher, dieser seltenen astronomischen Objekte, deren physikalische Erscheinungen nur mit Hilfe der allgemeinen Relativitätstheorie beschrieben werden können. Es sind Sterne in ihrem Endstadium. Wenn der Kernbrennstoff eines Sternes aufgebraucht ist, wachsen die Anziehungskräfte ins Unermeßliche, und kein Teilchen, auch kein Lichtstrahl kann diesen Stern verlassen: Für den äußeren Beobachter hört er auf zu existieren. Wie diese Schwarzen Löcher trotzdem entdeckt werden können, erfährt der Leser in Band 47 der Reihe „Kleine Naturwissenschaftliche Bibliothek“, der soeben in 4. Auflage erschienen ist.

W. B. Braginski/A. G. Polnarrow, Schwerkraft auf der Spur, 176 Seiten, 48 Abb. 9,60 M

In diesem als Band 65 der Reihe „Kleine Naturwissenschaftliche Bibliothek“ erschienenen Buch dreht sich alles um die Gravitation, von der die Planeten auf ihren Bahnen gehalten werden, die die Sternhaufen und Sternsysteme und auch die Materie in einem Stern zusammen-

hält. Die Autoren, international führende Fachleute auf dem Gebiet der experimentellen Gravitationsforschung, stellen zunächst die Gravitationstheorien von Newton bis Einstein und die Grundlagen der Speziellen und Allgemeinen Relativitätstheorie dar und beschreiben danach die wichtigsten der weltweit durchgeführten Gravitationsexperimente. Mit diesen werden die drei klassischen (Rotverschiebung, Lichtablenkung, Periheldrehung) und viele weitere von der allgemeinen Relativitätstheorie vorausgesagte Effekte auf der Erde und im Kosmos mit wach-

Buchtips:

sender Genauigkeit geprüft. In den letzten Kapiteln erfährt der Leser etwas über Gravitationswellen, Schwarze Löcher und die kosmologische Bedeutung der Gravitation sowie im Anhang einiges über praktische Anwendungen.

J. B. Lamarck, Zoologische Philosophie, Teil 1, 256 Seiten, 2 Abb.

Jean Baptiste de Lamarck (1744-1829) veröffentlichte 1809

ein umfangreiches Werk, das seine anderen verdienstvollen Arbeiten im Bewußtsein der Nachwelt weit übertreffen sollte: die „Zoologische Philosophie.“ Er legte darin für die Tierwelt eine in sich geschlossene Abstammungslehre vor, konnte aber bei dem damaligen Forschungsstand noch nicht bis zu den Erkenntnissen von Charles Darwin vorstoßen. Er fand noch keine andere Erklärung für die Evolution als die Vererbung erworbener Eigenschaften. Er schildert diesen Vorgang als durch äußere Einflüsse bedingte Beanspruchung und damit Entwicklung oder auch Rückbildung bestimmter Organe, die auf die Nachkommen übertragen wird. Anpassungsfähigkeit an die gegebenen Lebensbedingungen ist auch bei ihm schon ein wesentliches Entwicklungsmoment. Darüber hinaus enthält das Werk aber viele andere weitreichende Gedanken, so zum Wesen des Lebens, zur Bedeutung der Zellstruktur oder zum Unterschied pflanzlichen und tierischen Lebens. Die drei Teile der „Zoologischen Philosophie“ werden jetzt nach langer Zeit wieder der deutschen Sprache zugänglich gemacht. In der Reihe „Ostwalds Klassiker der exakten Wissenschaften“ erscheint Ende 1989 Teil 1, die Teile 2 und 3 folgen 1991.

Parzellen im Angebot

Wie uns der Direktor des Direktories S, Kollege Zander, mitteilte, wurden durch unseren Betrieb mit dem VKSK und dem FDGB die Erschließung neuer Parzellen vereinbart.

germeister von Mönchswinkel. Voraussichtlich im April/Mai 1989 wird Gelände für ungefähr 80 Parzellen genutzt werden können.

Sofort zur Verfügung steht Gelände für Parzellen, mit einer Fläche von je 200 bis 400 m² in Berkenbrück (eine Station hinter Fürstenwalde). Diese Grundstücke sind vorgesehen, für Familien, die nicht über ein eigenes Fahrzeug verfügen.

In Markgraf-Pieske soll Gelände für etwa 15 Parzellen zur Verfügung bereitgestellt werden.

In den letzten beiden Fällen ist auf Grund der Entfernung zu öffentlichen Nahverkehrsmitteln ein eigenes Fahrzeug günstig.

Des weiteren werden Gespräche geführt mit dem Bür-

Interessenten können sich ab sofort an ihre AGO wenden.

Empfehlung:

Maxim-Gorki-Theater

Sonntag, 10. 12. 89, 11 Uhr: Alexander Bek

„Die Ernennung“ mit Dr. Ralf Schröder, Monika Lennartz und Thomas Rühmann

Sonntag, 21. 1. 90, 11 Uhr: Peter Weiss

„Ästhetik des Widerstandes“ mit Nicole Haase, Kurt Radeke und Thomas Rühmann

Im Anschluß an die Lesungen finden Diskussionen statt.

Der Kartenverkauf für die Veranstaltungen beginnt mit den Vorverkaufsterminen.

Eintrittspreis: 5,05 M

Mitteilung des Kulturhauses

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß die Weihnachtschor-konzerte am 15. 12. und 16. 12. im Französischen Dom auf Grund einer dringenden medizinischen Behandlung des Chorleiters nicht stattfinden können.

Die Chorkonzerte werden auf einen späteren Termin, Anfang 1990, verschoben.

Die Karten behalten ihre Gültigkeit.

Aschrich Kulturhausleiter

Mitteilungen der Abteilung Museumspädagogik

1. Aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums des Museums für Volkskunde der Staatlichen Museen zu Berlin im Pergamonmuseum findet die Ausstellung „Kleidung zwischen Tracht und Mode“ statt. Sie gibt dem Besucher die Möglichkeit, persönliche Beziehungen zu den dargestellten Objekten zu knüpfen. Dabei werden Erinnerungen an Omas Zeiten, an traumhafte französische Kleider,

auch an die schwere Kriegszeit oder an die Hippie-mode der 60er Jahre wach.

2. Innerhalb der Thomas-Müntzer-Ehrungen in der DDR wird im Alten Museum die Ausstellung „Dasein und Vision. Bauern und Bürger um 1500“ angeboten. Künstler und ihre Werke führen den Betrachter in die Umbruchstimmung der Müntzer-Zeit und

widerspiegeln, wie Kunst die Probleme der Zeit aufgreift. Diese Ausstellung ist nur vom 9. Dezember 1989 bis zum 15. Februar 1990 zu sehen.

Anmeldungen für Gruppen: Informationszentrum, Tel. 2 08 26 18 9-17 Uhr

Informationen zu den Ausstellungen bei Kolln. Ferchland, Tel. 22 03 81 App. 2 28

Kreuz und quer

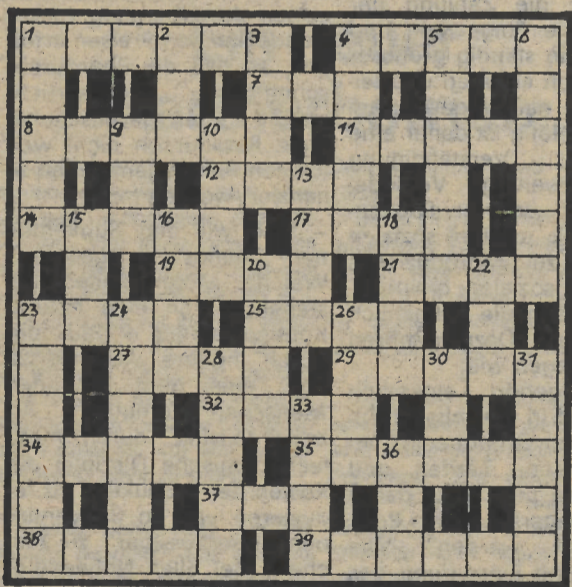
Waagrecht: 1. flachwandiges Gefäß, 4. Abgekochtes, 7. german. Wurfspieß, 8. Fluß im Nordosten Italiens, 11. Baustoff, 12. Schwimmvogel, 14. bestimmte Textstelle, 17. Zirbelkiefer, 18. trop. Grasart, 21. Gestalt aus „Der fliegende Holländer“, 23. großer Raum, 25. Haushaltplan, 27. Klebemittel, 29. Sondervergütung, 32. obergäriges Bier, 34. griech. Buchstabe, 35. ungar. Lyriker, 37. poln. Anrede, 38. brasilian. Autor („Kakako“), 39. Bewohner des oberen Nildeltas.

Senkrecht: 1. Hunderasse, 2. Romangestalt bei Kruschel, 3. männl. Vorname, 4. Berg im Böhmerwald, 5. Druckereimitarbeiter, 6. Stadt i. d. Ukrain. SSR, 9. Windrichtung, 10. griech. Buchstabe, 13. Stoffart, 15. Gestalt aus „Die Fledermaus“, 16. Schusterwerkzeug, 18. Einspruchsrecht, 20. Romanfigur b. J. Verne, 22. Stadt westl. v. Sao Paulo, 23. span. Anrede, 24. Kreisstadt im Sauerland (BRD), 26. norweg. Mathematiker (1802-1829), 28. auf Schlammboden wurzelnder Urwald, 30. dt. Pianistin, geb. 1882, 31. Tunke, 33. Bedeutung, Inhalt, 36. Gestalt aus Schneeflöckchen v. Rimski-Korsakow.

Auflösung aus Nr. 45/89

Waagrecht: 1. Leda, 4. Fokus, 8. Unke, 9. Pie, 10. Frei, 11. rot, 12. Assisi, 14. Egon, 16. Alt, 17. sto, 19. Meteor, 20. Stelle, 23. Chi, 24. Ire, 25. Kram, 28. Handel, 29. Moa, 31. Nuri, 32. Lie, 33. Knut, 34. Lerse, 35. Sete.

Senkrecht: 1. Lefze, 2. Duero, 3. Anion, 4. Feh, 5. Kloster, 6. Speise, 7. Senior, 12. Alm, 13. Stola, 15. Götha, 18. Flieder, 20. Schall, 21. Einzel, 22. Erl, 25. Konus, 26. Raute, 27. Meise, 30. Uke.



Redaktionsschluß war am 13. November. Die nächste Ausgabe erscheint am 24. November.

Herausgeber: Leitung der SED-Betriebsparteiorganisation im VEB WF im Kombinat Mikroelektronik. Verantwortlicher Redakteur: Heidrun Sölter-Bey. Redakteure: Jochen Knobloch, Gordana Schöne. Redaktionssekretär: Inge Thews. Das Redaktions-

kollegium: Jürgen Kunkel - GO Vakuumelektronik; Peter Lehmann - GO Mikrooptoelektronik; Marianne Frohnert - GO Ökonomie; Horst Jonuscheit - GO Kader und Bildung; Hans Waldhausen - Kammer der Technik; Evelyn Golletz, BGL. Redaktion: Bauteil V, 3. Etage, Zimmer 3121 A. Telefon 63 83 20 13. Erscheint wöchentlich unter der Lizenz-Nr. 5017 B des Magistrats von Berlin, Hauptstadt der DDR. Druck: 140 (ND). Die Redaktion wurde mit der Ehrenplakette der Kammer der Technik in Silber ausgezeichnet.

Spruch der Woche:

Lügen haben kurze Beine, aber es gibt genügend Esel, die sie über weite Strecken tragen.

Kräuter-essige

Estragonessig: 150 bis 200 Gramm kleingeschnittene Estragonblätter mit einem Liter Weinessig übergießen. Gut verschließen! Nach vier Wochen verwendungsfähig. Nach Wunsch ein halbes Lorbeerblatt, eine geschnittene Zwiebel, auch Liebstöckel- und Bohnenkrautblätter beifügen.

Kräuteressig: Estragon, Dill, Melisse, Basilikum, Liebstöckel, wenig Meerrettichwürfel, Lorbeerblatt, Nelken, Wacholderbeeren und Senfkörner mit einem Liter kochenden Weinessig übergießen, in Schraubgläser füllen, drei Wochen ziehen lassen und dann in Flaschen füllen.

Knoblauchessig: 50 Gramm zerquetschte Knoblauchzehen, drei Nelken, fünf Gramm Ingwer im Stück und ein halbes Lorbeerblatt mit einem Liter Weinessig übergießen. Gut verschlossen zwei Wochen kühlstellen. Zum Würzen nur tropfenweise verwenden.